

Freie Meinung

Ausgabe 4/2015

Bildungsreform

Die Berge kreißten ...

Wir wünschen

IN DIESER AUSGABE

Die realitätsferne SPÖ-ÖVP-
Nichtschulreform
beleuchtet
OStR Prof. Dr. Josef Pasteiner

Individualisierter Unterricht
in der Gesamtschule
von Siegfried Neyer

Erschreckende
Mobbing Studie der OECD

Freiheitliches "Nein"
zur verpflichtenden
Ganztagsschule



*ruhige und beschauliche
Weihnachten
und ein gutes Jahr 2016!*

Immer aktuell informiert!

www.flv.at



Individualisierter Unterricht

Die Zauberformel für die Gesamtschule?

Von Siegfried Neyer



Zunächst unterstelle ich jedem halbwegs engagierten Lehrer, dass er, so gut es eben geht, auf die Stärken und Schwächen seiner Schüler eingeht. Das ist umso leichter, je kleiner und homogener die Klasse ist. Bei sehr heterogenen Klassen, wie sie ja in der gemeinsamen Schule angestrebt werden, kommt dieses Bemühen sehr rasch an die Grenzen. Das Team-teaching wird in der NMS genutzt, um die innere Differenzierung zu gewährleisten. In der Praxis stellt es sich aber heraus, dass die zweite Lehrperson in erster Linie dazu da ist, die Ordnung und Disziplin halbwegs aufrecht zu erhalten. Wenn die zweite Lehrperson unterstützend auf schwächere Schüler eingeht, so bedeutet dies immer eine Störung des Unterrichts der anderen Lehrperson.

Das führt dazu, dass bei Um- und Neubauten von Schulen zusätzlich zu den normalen Klassenräumen immer mehr Gruppenräume eingerichtet werden, was die Kosten

für die Schulerhalter beträchtlich in die Höhe treibt. Der Unterstützungs- und Förderunterricht kann dann in diesen Gruppenräumen abgehalten werden. Team-teaching und Lerngruppen verdoppeln aber die Personalkosten, sodass die Stundenzahlen dafür stark begrenzt werden. Im Normalfall kommen nur Sprachen, Deutsch und Mathematik in diesen Genuss. Durch eine kürzlich im Nationalrat beschlossene Änderung können diese sechs Stunden auch schulautonom eingesetzt werden. Damit bleiben aber jene Fächer, denen diese Zusatzstunden nicht zu Gute kommen, im Dilemma der großen Heterogenität stecken und das Niveau orientiert sich automatisch an den Schwächsten.

Der Evaluierungsbericht über die NMS im März 2015 hat jedenfalls gezeigt, dass von den hohen Erwartungen wenig übrig geblieben ist. Die NMS schneidet schlechter ab als die alte HS und von der AHS trennt sie Welten. Ein sehr teures System hat die Erwartungen nicht annähernd erfüllt. Ein NMS-Schüler verursacht ca. 50 % höhere Personalkosten wie ein AHS-Schüler. Eine flächendeckende Gesamtschule ist somit unbezahlbar, und das bei sehr mäßigen Leistungen. Da dies auch den Befürwortern der Gesamtschule klar ist, wird auf die Individualisierung des Unterrichts gesetzt. Jedes Kind erhält einen eigenen Lehr- und Lernplan und arbeitet diesen individuell ab. Der Lehrer ist bestenfalls noch Lerncoach und hat für Ruhe zu sorgen,

damit die Kinder ihre individuellen Aufgaben abarbeiten können.

Klassenunterricht, in dem Inhalte gemeinsam erarbeitet werden und der Lehrer oft komplizierte Sachverhalte so erklärt, dass es auch alle begreifen, gehört der Geschichte an. Dieses Konzept baut auf der Lehre des Konstruktivismus auf, die in ihrer radikalen Form davon ausgeht, dass es keine objektive Realität gibt und sich jedes Gehirn seine eigene Realität konstruiert. Damit wird auch jegliche naturwissenschaftliche Erkenntnis in Abrede gestellt. Die Kinder sollen also nicht auf vorhandenem Wissen aufbauen, sondern sich ihre Wirklichkeit konstruieren. Ein besonders vehementer Vertreter des selbstgesteuerten Lernens ist der Schweizer Bildungsunternehmer Peter Fratton, der auch kurzzeitig sein Unwesen bei der Umsetzung der Gemeinschaftsschule in Baden-Württemberg getrieben hat. Seine „pädagogischen Urbitten“ (Bringe mir nichts bei ..., erkläre mir nicht ..., erziehe mich nicht..., motiviere mich nicht ...) lassen jedem gestandenen Lehrer die Grausbirnen aufsteigen.

Interessanterweise kam im August 2015 ein unter Verschluss gehaltenes Gutachten zum Rot-Grünen Vorzeigeprojekt einer Gemeinschaftsschule in Baden-Württemberg ans Tageslicht, das ein vernichtendes Urteil abgab. Die Bildungswissenschaftler der Uni Tübingen stellten fest, dass sich ausgerechnet der individualisierte Unterricht, der in zwei der vier

Wochenstunden in den Kernfächern praktiziert wird, als denkbar ineffektiv erweist. Dieses Urteil wiegt umso schwerer, wenn man in Betracht zieht, dass dieses Ergebnis aus einer besonders engagierten Schule mit Erfahrung in integrativen Unterrichtsformen stammt. (Das alles ist nachzulesen unter [http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/vernichtendes-](http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/vernichtendes-urteil-fuer-lehrform-gemeinschaftsschule-13753267.html)

[urteil-fuer-lehrform-gemeinschaftsschule-13753267.html](http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/vernichtendes-urteil-fuer-lehrform-gemeinschaftsschule-13753267.html).)



Wie man angesichts solcher Tatsachen immer noch von einer erfolgreichen Gesamtschule mit individualisiertem Unterricht träumen kann, ist mir schleierhaft. Möglicherweise sind es doch fest sitzende ideologische Scheuklappen, die angeblich nur die Kritiker der Gesamtschule tragen.

Eine Pionierin der Mädchenbildung

Vor 75 Jahren starb die Pädagogin Eugenie Schwarzwald. Sie war eine bedeutende Vorkämpferin der modernen Erziehung – insbesondere in der Mädchenbildung. Sie war eine außergewöhnliche Frau: unkonventionell, aufmüßig gegen die (Schul-)Behörden, hilfreich, weltoffen, eine Humanistin in bestem Wortsinn, eine Kämpferin für Freiheit und Menschenwürde.

Eugenie Nußbaum, wie sie mit ihrem Mädchennamen hieß, wurde am 4. Juli 1872 in Polupanowka, einem kleinen Ort in Ostgalizien nahe der russischen Grenze, geboren. Sie wuchs in Czernowitz auf, besuchte die höhere Töchterschule und anschließend die Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalt der Stadt. Von den Fächern, die dort unterrichtet wurden, blieb ihr nur der Deutschunterricht in Erinnerung. Das Schulklima empfand sie als „dumpf, kalt und muffig“. Die Jahre, die sie in der Schule absaß, betrachtete sie als Zeitverschwendung. Diese negativen Erfahrungen ließen in ihr den Entschluss reifen, das verkrustete und verkorkste österreichische Schulsystem aufzubrechen und zu reformieren.

Die Gelegenheit dazu bot sich erst Jahre später. Vorerst inskribierte sie mit finanzieller Unterstützung einer Verwandten an der Züricher Universität Germanistik, Pädago-

gik und Philosophie. Zürich war damals die einzige Hochschule in Europa, die Frauen zum Studium zuließ. Aber auch dort begegnete sie Vorurteilen und musste lernen, sich durchzusetzen. Eugenie Schwarzwald behauptete sich inmitten einer zahlenmäßig weitaus größeren männlichen Studentenschar.

Betätigungsfeld Wien

Am 30. Juli 1900 promovierte sie zum Doktor der Philosophie. Einige Tage später verlegte sie ihren Wohnsitz nach Wien. In der Haupt- und Residenzstadt des multinationalen habsburgischen Kaiserreiches pulsierte das Leben. Sie zog wie ein Magnet Menschen aus allen Gebieten des weiträumigen Staatswesens an, die sich hier ein besseres Leben erhofften, ihre Talente zur Entfaltung bringen und Karriere machen wollten. Ihre Beweggründe waren so mannigfaltig wie ihre Herkunft.

Die achtundzwanzig Jahre alte, willensstarke Frau aus dem entfernten Galizien hatte den unbändigen Wunsch, in der Zweimillionenstadt pädagogisch zu wirken. Um ihre Pläne in der erkonservativen Wiener Gesellschaft durchzusetzen, benötigte sie Tatkraft und selbstbewusste Zuversicht. Sie war davon überzeugt, diese Eigenschaften zu besitzen.

Bevor sie jedoch ans Werk ging, setzte sie einen wichtigen persönlichen Schritt – sie heiratete. Der Mann, der an ihrer Seite durchs Leben ging, war wie sie jüdischer Abstammung. Dr. Hermann Schwarzwald, der an der Universität Czernowitz Jus studiert und 1895 promoviert hatte, war gehindert und keineswegs eine attraktive Erscheinung. Dafür war er scharfzüngig und hatte einen hellwachen Verstand. Im Staatsdienst tätig, brachte er es im Finanzministerium bis zum

Sektionschef. Elias Canetti urteilte nach einer ersten kurzen Begegnung: „Viel besser als sie gefiel mir der schweigsame Dr. Schwarzwald, ein kleiner, etwas verkrüppelter Mann, der sich an einem Stock fortbewegte und dann grimmig in eine Ecke setzte, von wo er das endlose Gerede der Besucher und das endlosere der Frau Doktor über sich ergehen ließ. ... Seine wortlose Strenge wischte auf der Stelle alles hinweg, was von der Frau Doktor dahergeschwatzet wurde. ...“ Man sollte daraus keine falschen Schlüsse ziehen. Herr und Frau Dr. Schwarzwald waren von ihrem Naturell her grundverschieden, aber sie ergänzten einander vortrefflich.

Eugenie Schwarzwald passte mit ihren revolutionären pädagogischen Reformideen vollkommen in das bunte gesellschaftliche Gewebe der Kaiserstadt zur Jahrhundertwende. Der Zufall spielte ihr dabei in die Hände. Als im Frühjahr 1901 die Direktorin eines der damals in Wien existierenden privaten Mädchenlyzeen aus gesundheitlichen Gründen die Leitung der Schule zurücklegte, griff sie kurz entschlossen zu. Nun hatte sie die Gelegenheit, ihre erzieherischen Pläne in die Tat umzusetzen.

So einfach, wie sie es sich vorstellte, war das freilich nicht. Ihr Vorschlag, das sechsklassige Lyzeum durch Ergänzungskurse auf Maturaniveau zu bringen, wurde von der Schulbehörde abgelehnt. Die Mädchenbildung auf einen Level zu bringen, der für die Knaben vorgesehen war – das durfte nicht sein.

Da sie selbst keine Lehramtsprü-

fung besaß, lehnte die Schulverwaltung auch ihre Bestellung zum Direktor ab, um die sie angesucht hatte. In einer sich über ein Jahrzehnt hinziehenden Auseinandersetzung, die Eugenie Schwarzwald argumentativ geschickt führte, erreichte die energische Pädagogin schließlich doch die Gründung eines achtklassigen Mädchenrealgymnasiums und den koedukativen Unterricht für die Volksschulkinder. Es waren Meilensteine in der österreichischen Mädchenbildung.

Auch wenn sie einen männlichen Direktor anstellen musste, bestimmte Eugenie Schwarzwald doch das pädagogische Klima und den Unterrichtsstil an der Schule. „Langeweile (ist) ein Gift (...), welches Kindern nicht einmal in kleinsten Dosen gereicht werden darf“, war eine ihrer vielen pädagogischen Devisen. Die Kinder, die ihre Schule besuchten, sollten sich wohlfühlen, in einer ungezwungenen Atmosphäre Freude am Lernen haben. Die Schülerinnen wurden zum kritischen Denken erzogen, Persönlichkeitsbildung und schöpferische Leistung bildeten das Fundament des erzieherischen Konzeptes.

*Quelle: Friedrich Weissensteiner
in der „Wiener Zeitung“ vom
15. August 2015*

Dem

Freiheitlichen Österreichischen Lehrerverband

4040 Linz, Blütenstraße 21/1, www.flv.at
gehören an:

Freiheitlicher Niederösterreichischer Lehrerverein

Obmann: OStR. Mag. Dr. Josef Pasteiner
2700 Wr. Neustadt
Schönthalgasse 1

Freiheitlicher Oberösterreichischer Lehrerverein

4040 Linz, Blütenstraße 21/1
Obfrau:
SR HOL Dipl. Päd. Christine Baumgartner
4212 Neumarkt/Mühlkreis, Tannbergstr. 2

Freiheitlicher Salzburger Landeslehrerverein

5020 Salzburg, Ginzkeyplatz 10
Obmann: Dipl.-Päd. Gernot Hatzenbichler
Metzgerweg 9, 5071 Wals

Freiheitlicher Lehrerverein Steiermark

8010 Graz, Hans-Sachs-Gasse 10/4
Obmann: Jürgen Zechner

Freiheitlicher Lehrerverein Tirol

6020 Innsbruck, Leopoldstr. 72
Obmann: Mag. STR Hartmut Gatternergig
6020 Innsbruck,
Kanonikus-Gamper-Gasse 4

Kontakt Vorarlberg

Mag. Siegfried Neyer Widumweg 4 6780
Schruns

Freiheitlicher Wiener Lehrerverein

Obmann:
SR Dipl. Päd. BOL Franz J. Etzelstorfer
1010 Wien, Bartensteingasse 14

Kontaktadresse Burgenland:

HOL Josef Kotzenmacher
7152 Pamhagen, Weingartengasse 5

Bildungsverein für freiheitliche und unabhängige Lehrerinnen und Lehrer in Kärnten (BVFU):

Obfrau: Mag. Sabine Hinteregger
Siebenhügelstr. 128, 9020 Klagenfurt

Die Leitung des Freiheitlichen Österreichischen Lehrerverbandes:

Obmann:

**Mag. Siegfried Neyer,
6780 Schruns, Widumweg 4**

Stellvertreter:

SR HOL Dipl. Päd. Christine Baumgartner
SR BOL Dipl. Päd. Franz J. Etzelstorfer
OStR. Mag. Dr. Josef Pasteiner

Finnlands PISA-Wunder entpuppt sich als Irrtum

Alle waren sie da. Gleich nachdem das Wunder geschehen war, kamen sie. Die Bildungsexperten, Bildungspolitiker, Bildungserklärer und Bildungsverklärer. Heerscharen. Alle Parteien und Verbände. Sie alle sind in den letzten 15 Jahren mindestens einmal nach Finnland gereist. Das gehörte sich so, seitdem das Land in der ersten OECD-Bildungsstudie PISA den Spitzenplatz eingenommen und sich Deutschland tief im dunklen Mittelfeld wiedergefunden hatte.

Die Abordnungen besuchten also die von staatlichen Vorgaben weitgehend unabhängigen Schulen, die so Wundersames vollbracht hatten. In denen es angeblich so gerecht, so heimelig und egalitär zugeht. Wo Lehrer sich nicht vorne an die Tafel stellen und referieren, während die Schüler protokollieren. Sondern wo die Pädagogen sich als Organisatoren von Gruppenarbeit verstehen, die Schüler anregen, von anderen Schülern zu lernen und wenig Hausaufgaben vergeben.

Die schöne neue Schulwelt wurde bewundert und kopiert, weil sie in das Gesellschaftsbild vieler Parteien passte, dem Zeitgeist entsprach und sogar erfolgreich schien. „Wir Grünen wollen Schulen nach finnischem Vorbild schaffen. Wir nennen dieses Modell Neue Schule.“ Dieser Satz stammt aus dem Wahlprogramm der niedersächsischen Grünen 2010. Heute regiert die Partei in dem Bundesland und nicht nur dort.

Lernerfolg schwindet wundersamerweise

Doch die Grünen, wie alle übrigen, sind einem Trugbild erlegen. Das finnische Wunder ist nicht von Dauer. Vieles deutet darauf hin,

dass die Ursachen, die zu diesem Wunder führten, ganz andere waren, als die, von denen seit mehr als einem Jahrzehnt die Rede ist. Die Anerkennung der wahren Gründe müsste eigentlich einen Schock bewirken, wie ihn PISA hierzulande ausgelöst hatte.

„Vergleicht man die PISA-Ergebnisse Finnlands der Jahre 2003 und 2012 dann sieht man, dass das Land 25 Punkte eingebüßt hat. Das entspricht dem Lernerfolg eines ganzen Schuljahrs“, sagt Christine Sälzer, nationale PISA-Koordinatorin von der TU München. Ein ähnliches Bild ergibt sich für die Mathematik. Zwar liegt Finnland damit noch immer über dem OECD-Durchschnitt, die Fallhöhe ist jedoch bemerkenswert.

Gabriel Heller Sahlgren von der London School of Economics hat den Niedergang des finnischen Bildungswunders untersucht. Im April dieses Jahres veröffentlichte er seine Erkenntnisse beim Centre for Policy Studies. Sahlgren zeigt, dass das finnische Schulsystem zum Zeitpunkt seines großen PISA-Erfolgs von Früchten zehrte, die lange zuvor unter ganz anderen Bedingungen gesät wurden. Heute erscheint das System als eines, das auf den Schüler fokussiert und den Lehrer als Lern-Koordinator sieht. „Pädagogik in

Finnland denkt Schule vom Kind aus“, heißt es nicht von ungefähr in dem Wahlauftrag der Grünen.

Doch die Wahrheit ist, dass dieses System erst in den 1990er-Jahren eingeführt wurde. Bis dahin war der Frontalunterricht mit einer starken autoritären Stellung des Lehrers maßgebliches Prinzip. „Historisch waren finnische Schulen vergleichsweise hierarchisch aufgebaute Institutionen, die eine Kultur des Gehorsams und der Autorität reflektierten, die in der finnischen Gesellschaft viel länger maßgeblich war als in anderen nordeuropäischen Ländern“, schreibt Sahlgren.

In keinem Land gehen Schüler so ungern zur Schule

Finnlands Lehrer genießen in Umfragen noch heute enorme Anerkennung in der Bevölkerung. Das liegt auch daran, dass nur die besten eines Jahrgangs Lehrer werden dürfen. Gleichzeitig zeigen Studien vergangener Jahrzehnte, dass diese Anerkennung nichts mit Sympathie für die Pädagogen zu tun hat. Sehr viele Schüler beschreiben ihre Lehrer bis weit in die 1990er-Jahre hinein als unnahbar und wenig empathisch. Anfang 2007 – mitten in Finnlands PISA-Hochphase – berichtete ein UNICEF-Report, dass in

keinem anderen Land Kinder weniger gern zur Schule gehen. Damals hatte man dafür keine Erklärung. Denn es konterkarierte das vorherrschende Bild.

Kalkuliert man jedoch ein, dass dieses System und seine aktuellen Lehrformen nicht unbedingt etwas mit dem Schulklima, das über Jahrzehnte entsteht, und der entscheidenden Rolle des Lehrers zu tun haben, wird das Ergebnis plausibel. Die Schüler nahmen Schule und Lehrer offenbar noch immer als autoritär und dominierend wahr. Erst seit der Jahrtausendwende änderte sich dies, das beweisen Studien. Gleichzeitig ging die Leistung der Schüler zurück.

Bereits 1991, als das alte zentralistische, staatlich organisierte Schulsystem gerade mehr oder minder abgeschafft war, übertrafen finnische 14-Jährige ihre Klassenkameraden in allen anderen Ländern laut einer Untersuchung bei der Lese-Kompetenz. Genau dieses Ergebnis wiederholten sie neun Jahre später bei PISA 2000 in der gleichen Disziplin. Dagegen fielen sie bei PISA 2012 beim Lesen weit zurück. Offenbar griffen im jüngsten PISA-Jahrgang die Reformen, die in den 1990ern angestoßen wurden und sie waren nicht zum Vorteil der Leistungsfähigkeit.

Finnland reformiert sein „Erfolgsmodell“

„Wir sprechen in der Bildungsforschung davon, dass es mindestens zehn bis 15 Jahre dauert, bis Veränderungen sichtbar werden“, sagt Sälzer. Die Erfolge waren dem Nachwirken des alten Systems

geschuldet. Dennoch taten alle so, als hätte es in Finnland nie ein anderes als das sichtbare Schulsystem gegeben. Nach den Erfolgen zu Beginn des Jahrtausends habe das finnische Modell auch auf Konferenzen größte Aufmerksamkeit erregt, sagt Sälzer. „Man pilgerte zu den Referenten aus Finnland.“ Mit Unverständnis reagierten die Forscher, als Finnland plötzlich sein scheinbar so hervorragendes System reformierte. „Gerade das längere gemeinsame Lernen wurde wieder aufgebrochen. Für Förderschüler wurden Spezialklassen eingerichtet.“

Das längere gemeinsame Lernen elektrisierte auch die Bildungspolitik und Bildungsforschung in Deutschland. Es wurde zum Ideal, das scheinbar gute Leistungen garantiert, ohne die Schüler auf verschiedene Schulsysteme aufzuteilen. In Finnland lernen die Schüler bis zur neunten Klasse gemeinsam. Danach wird über einen akademischen oder beruflichen Weg entschieden. Die Schulen genießen dabei hohe Autonomie. Ähnlich wurden die deutschen Gesamt- und Gemeinschaftsschulen konstruiert. „Diese Schulen sind ein Ergebnis der finnischen Erfahrung“, sagt Sälzer.

Auch andere kopierten Finnland, Schweden etwa. „An den schwedischen Erfahrungen sieht man, wie gefährlich es ist, kausale und dann auch noch monokausale Schlussfolgerungen aus dem PISA-Erfolg eines anderen Landes zu ziehen“, sagt Sälzer. Schweden hielt die Autonomie der Schulen für den entscheidenden Indikator für erfolgreiche Bildungssysteme.

Seither müssen schwedische Schulen um Schüler aktiv werben. Die Folge war, dass ein Run auf gute Schulen einsetzte und schlechte noch schlechter dastanden. Zudem fand eine starke soziale Segregation statt. Die Leistung der Schweden wurde gleichzeitig mitnichten besser, weil viele Schulen damit für sich warben, besonders viele gute Noten und Abschlüsse zu vergeben. Dies drückte zwangsläufig das Niveau nach unten.

Schlechtere Leistung – glücklichere Schüler?

Eine solche Situation ist in Deutschland mittlerweile ebenfalls vorhersehbar. Hier konkurrieren zwar weniger Schulen des gleichen Typs miteinander, allerdings konstruiert die Politik eine Konkurrenz zwischen Gymnasium und Sekundarschule. Beide sollen im Idealfall ein Abitur ermöglichen. Die Sekundarschule aber wirbt mit der Möglichkeit weiterer Abschlüsse, einem zusätzlichen Schuljahr und, Finnland lässt grüßen, dem längeren gemeinsamen Lernen.

Der finnische Erfolg im ersten PISA-Jahrzehnt ist gleichwohl keine Chimäre. Er ist real. Ebenso real wie der Erfolg der asiatischen Staaten. Doch die waren aufgrund ihres auf Drill und Druck fußenden Systems zur Nachahmung schlichtweg ungeeignet. Auch deshalb wurde Finnland das Sehnsuchtsland europäischer Bildungsfans. Dabei haben oder besser hatten die Finnen und die Asiaten doch mehr gemein, als man glauben könnte. Autorität, Druck und Frontalunterricht – die Rezepte Chinas, Japans, Singa-

purs – waren den Finnen, deren Lehrer ja nicht plötzlich pensioniert wurden, bis in die 2000er-Jahre vertraut.

Ihre Bewunderer konnten dies nach PISA aber nicht mehr beachten, dazu hätten sie genauer hinschauen, die Charaktere von Lehrern und Schülern genauer studieren müssen. Oberflächlich präsentierte sich das System ganz anders – frei, antiautoritär und an Gruppenarbeit orientiert. Die Besucher hatten sich ein Schulsystem zeigen lassen, dessen Effekte auf die Leistungsfähigkeit die Finnen selbst noch nicht absehen konnten und vor denen sie heute erschrecken. Möglicherweise hat Stolz die Kritikfähigkeit der Finnen ebenso vernebelt wie Bewunderung die Urteilskraft ihrer Gäste.

Was heißt das nun? Zurück zur autoritären Schule? Zum strafenden Lehrer? Schluss mit Gruppenarbeit und

Gemeinschaftsschule? Finnland hatte die Reformen, die eine Abkehr von seinem leistungsfähigen Schulsystem bedeuteten, natürlich nicht unternommen, um schlechter zu werden, sondern zeitgemäßer. Denn schulische Erziehung ist eben auch Spiegel gesellschaftlicher Verhältnisse.

In egal welcher Umfrage sagen Eltern heute, dass ihnen das Leistungsprinzip nicht so wichtig sei wie Spaß am Lernen. Das Beispiel Finnlands lehrt, dass beides vielleicht nicht geht: Spaß an der Schule und Topleistungen. Insofern könnte es durchaus sein, dass Finnlands Schüler heute zwar schlechter, aber dafür glücklicher sind.

Quelle: „Die Welt“, 07.07.2015

Die Mobbing-Studie der OECD

Bestürzt zeigt sich NAbg. Dr. Walter Rosenkranz über die Ergebnisse einer Mobbing-Studie der OECD: „Dass 46 Prozent der Schüler schon einmal selbst von Mobbing betroffen waren, zeigt, dass es hier dringenden Handlungsbedarf gibt! In Österreich sind wir damit sogar europaweit der traurige Spitzenreiter.“ Die Gründe dafür liegen für Rosenkranz allerdings auf der Hand: „Es gibt ja für Lehrer überhaupt keine Handhabe gegen Schüler, die andere belästigen und schikanieren.“

Die Formen des Mobbing können dabei von der körperlichen Gewalt bis hin zum Cybermobbing gehen. „Wie schon in der Studie von vielen der befragten Mobbing-Opfer gefordert, müsste ein solches Fehlverhalten für die Aggressoren Konsequenzen haben, wie etwa einen Rapport beim Schuldirektor“, so Rosenkranz weiter. „Schuld an dieser negativen Entwicklung ist eine verfehlte linke Bildungspolitik, die von Bildungsministerin Heinisch-Hosek unbeirrt fortgesetzt wird.“

OFFENLEGUNG

„Freie Meinung“ ist das Organ des Freiheitlichen Lehrervereins und erscheint viermal jährlich (März, Juni, September, Dezember). Besonders gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren bzw. der Landesorganisation wieder. Ziel der Druckschrift ist es, die politische und pädagogische Bildung zu fördern und Beiträge zur Verwirklichung freiheitlichen Gedankenguts in der Schulpolitik zu leisten.

Herausgeber, Eigentümer und Verleger ist der FLV, vertreten durch den Obmann (die Obfrau). Sitz des Organs: 4040 Linz, Blütenstraße 21/1.

Inhalt: Hofrat Mag. Dieter Grillmayer, 4451 Garsten, Lahrndorferstr. 125, dgm@a1.net,

Tel. 0043-650-5202642. Gestaltung: Harald Baumgartner, 4212 Neumarkt, Tannbergstraße 2.

Hersteller: Pleschko & Pleschko, www.pleschko.com, 4631 Krenglbach 27

Voltaire

in einem Öffentlichen Brief an Rousseau:

Nie hat jemand so viel Geist aufgeboden, um uns zu dummen Eseln zu machen.

Die realitätsferne SPÖ-ÖVP-Nichtschulreform

Von Dr. Josef Pasteiner

Viel Schlaf hatten die roten und schwarzen Schulverhandler in der Nacht vom 16. auf den 17. November 2015 nicht. Bis in die frühen Morgenstunden wurde um die Einigung bei der „großen“ Schulreform gestritten.

„Offenbar sind SPÖ und ÖVP in Hektik ausgebrochen und haben, nur um den Abgabetermin einzuhalten, ein Papier aus Absichtserklärungen und Alibimaßnahmen zusammengestellt“, kritisiert der FPÖ-Bildungssprecher NR Dr. Walter Rosenkranz. Er spricht sich intensiv gegen das Reformpaket aus, für das im Parlament erst eine Zweidrittelmehrheit gesucht werden muss. Da die FPÖ sicher nicht mitstimmen wird, hängt es nun von den Grünen ab, was davon tatsächlich beschlossen wird. Für diese erklärte ihr Schulsprecher Walser, das sei ein Gesamtpaket und die Grünen werden sicher nicht dort zustimmen, wo es der Regierung passt. Über die Eckpunkte Schulautonomie, Bildungsdirektionen und Modellregionen braucht es aber im Nationalrat eine Zweidrittelmehrheit.

Die Eltern- und Schülervereine sowie die Lehrgewerkschaften waren bei den Reformverhandlungen nicht zugelassen. Für die Lehrer erklärte der Gewerkschafter Kimberger am 17.11. im ORF: „Wir machten in den letzten Jahren den Fehler, dass wir glaubten, dass die Frage der Schulorganisation und Schulverwaltung etwas mit erfolgreicher Bildung zu tun hat. Das ist ein Irrtum.“ Tatsächlich kommt die Bezeichnung „Hebung des Schulniveaus“ in den nur 18 Seiten umfassenden „Eckpunkten der Bildungsreformkommission“ nicht vor. Zur Erinnerung: Die intensive Diskussion über die Schulreform setzte ein, als der „PISA-Haider“, die (möglicherweise manipulierten) Ergebnisse des PISA-Tests 2003 Ende November 2004 vorzeitig an die Presse weitergab. Das angebliche Gesamtschulerfolgsland Finnland vor Augen, war damals das Hauptthema die Verbesserung unserer Schülerleistungen. Diese eigentlich wichtigste Thematik kommt in unserer Reformdiskussion aber schon lange nicht mehr vor. Vielmehr

geht es einerseits um die Umsetzung realitätsfremder linker Gesamtschulideologie und andererseits um die Machtan-

Oberstudienrat Prof. Mag. Dr. Josef Pasteiner ist Mandatar im Kollegium des Landesschulrates (LSR) von N.Ö., Bundesobmannstellvertreter und Landesobmann von der Freiheitlichen Lehrer von NÖ.

sprüche von SPÖ und ÖVP über die Lehrer. Der Handschlag in der Pressekonferenz am 17.11. von BM Heinisch-Hosek und ÖVP-Staatssekretär Harald Mahrer sollte allen zeigen, dass man sich gefunden hat. Zuletzt wurde ja intensiv über zwei wichtige Punkte gestritten:

1. Statt der Landesschulräte soll nun jedes Bundesland eine Bildungsdirektion erhalten. Die ÖVP wollte, dass diese den Ländern unterstehen. Die SPÖ wollte die Einrichtung großer Modellregionen für die Erprobung der Gesamtschule. Dies lehnte wieder die Bundes-ÖVP ab, obwohl ihr die Landeshauptleute von Vorarlberg



und Tirol in den Rücken fielen. Der ÖVP-Landeshauptmann von Vorarlberg wollte sogar sein ganzes Bundesland zur Modellregion für die Gesamtschule machen. Erst im letzten Moment gab es den Kompromiss: In jedem Bundesland darf die Gesamtschule nur an höchstens 15% der Schulen bis 2025 erprobt werden.

2. Zur Einführung der Bildungsdirektionen heißt es im Reformpapier in holprigem Deutsch wortwörtlich: „Für jedes Bundes-

land wird eine Bildungsdirektion als gemeinsame Bundes-Länderbehörde eingerichtet. Durch Landesgesetz kann vorgesehen werden, dass die LH oder das zuständige Mitglied der Landesregierung die Rolle des Präsidenten der Behörde innehat. An der Spitze der Bildungsdirektion steht der Bildungsdirektor als Bundesbediensteter, der auf Vorschlag des Landeshauptmannes von dem zuständigen Bundesminister ernannt wird. Der Bildungsdirektor übt die Dienst- und Fachaufsicht aller Bediensteten aus. Er wird auf fünf Jahre bestellt. Dieser Behörde obliegt der Vollzug der Bundeslehrerinnen und -lehrer und der Landeslehrerinnen und -lehrer, der äußeren Schulorganisation (kostenneutral), des Bundesverwaltungspersonals und die Schulaufsicht. Die Bildungsdirektion übt sämtliche Befugnisse aus, die derzeit der Landesschulrat bzw. die Schulabteilungen der Länder wahrnehmen. Die Abschaffung der Vizepräsidentin und des Vizepräsidenten und der Kollegien.“

Dies bedeutet, dass die Bildungsdirektionen nichts anderes sein werden als die bisherigen Landesschulräte mit anderem Namen. Schon bisher ist der LSR eine Bundesbehörde. Trotzdem darf der LH den amtsführenden Präsidenten ernennen. Die Einführung der Bildungsdirektionen ist daher ein ärgerer Etikettenschwindel als die Umbenennung der Hauptschulen in Neue Mittelschulen!

Die Abschaffung der Vizepräsidenten des Landeschulrates, die verfassungsgemäß bisher der zweitgrößten Landtagsfraktion zustehen, war zu erwarten. Sie haben „nur“ eine Kontrollfunktion

und stehen in Wien, Kärnten und Oberösterreich bereits der FPÖ zu.

Die Abschaffung der Kollegien der Landesschulräte ist aber eine antidemokratische Ungeheuerlichkeit. Die Hauptaufgabe der Kollegien ist die Erstellung von Dreivorschlägen für die Direktorenernennungen. Sie werden entsprechend der Landtagswahl-ergebnisse von Lehrer-, Eltern- und sonstigen Vertretern beschickt. Diese haben das Recht, auch bei der Anhörung der Direktorenkandidaten teilzunehmen und über deren Eignung abzustimmen. Damit haben alle Landtagsfraktionen Einblick und sogar ein Entscheidungsrecht. Die Kollegien könnte man auch als Schulparlamente bezeichnen und eigentlich wäre es demokratisch sinnvoll, wenn ihre Kompetenzen ausgeweitet würden. Statt dessen sollen sie nun abgeschafft werden! Staatssekretär Mahrer hatte am 17.11. im Fernsehen sogar die Unverfrorenheit, zu behaupten, dass damit 500 „Posten“ und 6 Mio. Euro eingespart würden. Nun ist es aber so, dass die ca. 250 Mitglieder der Kollegien österreichweit nichts bezahlt bekommen. Sie können bestenfalls die Fahrtkosten zu den Sitzungen verrechnen. Das kostet Österreich höchstens 20.000 Euro im Jahr! Dafür haben SPÖ und ÖVP das Scheinargument der „Entpolitisierung der Direktorenernennungen“. Zukünftig sollen diese von je zwei Vertretern der Arbeitgeber(!) und Arbeitnehmer (Gewerkschaft?) erfolgen, womit jede Transparenz in der Eignungsfindung wegfällt! Das riecht total nach Rot-Schwarzem Proporz! Werden die Grünen dieser Sauerei zustimmen?

Der nur mehr für fünf Jahre bestellte Direktor soll autonom mehr pädagogische, organisatorische, personelle und finanzielle Freiräume bekommen. Dazu stellen sich viele, bisher unbeantwortete, Fragen: Darf er alles allein, ohne die Schulgremien, entscheiden und bekommt er wirklich mehr finanzielle Ressourcen? Werden den Direktoren die vielen Mehrleistungen finanziell abgegolten? Finden sich dann überhaupt noch genug Direktorenbewerber, wo es jetzt schon diesbezüglich Probleme gibt?

Bezüglich der sogenannten Schulautonomie soll es möglich sein, vom Lehrplan abzuweichen: In den VS um 5%, der NMS und AHS-Unterstufe um 33% und in der AHS-Oberstufe sowie BHS um 20%. Es gab dazu bereits einen großen Protest von den 150 Musik-Volksschulen. Dieser Schulversuch besteht seit 30 Jahren und die derzeit 9.000 Schüler haben pro Woche autonom bis zu 4 Stunden Musikunterricht. Nach der neuen 5%-Autonomie könnten diese VS mit 24 Wochenstunden nur mehr über 1,2 Stunden selbst entscheiden. Ähnliches könnte auch den über 2.000 Schulen passieren, deren Schulversuche ab 2017 abgeschafft werden sollen!

Folgende Zeitungskommentare am 18.11. zur „großen“ Schulreform: „Ein glattes Genügend – eine Reform in Zeiten des Stillstandes“ (Die Presse), „Reformer müssen nachsitzen“ (Kurier), „Gesamtschule nur als Light-Variante“ (Österreich). Der Präsident des Rechnungshofes Moser stellte fest: „Das Kompetenz-Wirrwarr bleibt. Die Bildungsdirektionen sind nur ein neues Türschild.“

Die Gemeinsame Schule löst keine Probleme!

Unterrichtsministerin Gabriele Heinisch-Hosek und die von ihr befragten 5.000 SPÖ-Mitglieder irren, wenn sie glauben, dass die „Gemeinsame Schule“ wesentliche Probleme des österreichischen Bildungssystems löst. Insbesondere begünstigen differenzierte Systeme die soziale Durchmischung besser.

„Wenn wir der Frage nachgehen, wie stark Bildung vererbbar ist, ist das am seltensten in Österreich der Fall“, hält dazu Dr. Rainer Gögele, der Obmann von „Pro Gymnasium Österreich“ fest: „Die sogenannte Bildungspersistenz weist für Luxemburg den ungünstigsten Wert – 67 % ‚erben‘ den Bildungsabschluss ihrer Eltern – und für Österreich mit 22 % den günstigsten Wert auf. Der Prozentsatz gibt an, wie hoch die Wahrscheinlichkeit ist, dass ein ‚Akademikerkind‘ im Vergleich zu einem Kind eines Pflichtschulabsolventen zu einem akademischen Abschluss kommt, d. h. in Luxemburg gelingt das nur 33 % der Kinder von Absolventen der Pflichtschule, in Österreich hingegen 78 %. (Quelle: OECD, 21.12.2009.) Dem entspricht auch die Quote der Erstsemestrigen an unseren Universitäten – 71 % der Erstsemestrigen im Herbst 2012 sind Kinder von Nichtakademikern – das ist die höchste Durchlässigkeit Europas. (Quelle: Statistik Austria, 2013.) Und auch im ‚hochgelobten‘ Finnland bestimmt das Bildungsniveau der Eltern bei PISA 2009 doppelt so stark die Leistungen der Kinder wie in Österreich, d. h. Bildung wird ‚vererbt‘. (Quelle: PISA 2009,

Results: Overcoming Social Background, OECD 2010, S. 160.)“

„Auch wenn man es nicht hören will: Ob ein Kind mit zehn Jahren in eine Haupt- bzw. Mittelschule oder ein Gymnasium geht, ist nicht so bedeutend“, fasst Gögele zusammen. „Die Ergebnisse über die Standards haben ein Ergebnis gebracht, das echte Experten immer schon gewusst haben: Unser Problem ist die Gesamtschule Volksschule!“ – Dort gehört angesetzt – das ist Gott-sei-Dank im Regierungsprogramm der derzeitigen Bundesregierung vom 16.12.2013 ein Schwerpunkt.“

Erneute Absage an Gesamtschule – Prognoseverfahren als Ergänzung zu Volksschulnoten gefordert

„Einmal mehr erteilt die Bevölkerung der Gesamtschule eine eindeutige Abfuhr“, kommentiert „Pro Gymnasium Österreich“-Vorsitzender Dr. Rainer Gögele das Ergebnis der „Frage des Tages“ der Tiroler Tageszeitung vom 23.7.2015. In dieser Umfrage lehnten mehr als 65 % der Befragten die Gesamtschule als Lösung für das Problem der Nichtaufnahme von Kindern in die AHS wegen Platzmangels ab.

„Laufend wird die Gesamtschule als die beste Lösung für beinahe jedes Problem vorgeschlagen. Was jedoch viele nicht bedenken: Die Konsequenz daraus wäre eine zwangsweise Zuweisung von Kindern in die jeweilige Sprengelschule. Das wäre das Ende der

freien Schulwahl durch die Eltern und auch das Aus jeder Schwerpunktsetzung der einzelnen Schulen, weil man dann für alle Kinder des Sprengels ein ‚Durchschnittsmenü‘ anbieten müsste. Vorge-täuschte Wohnortwechsel, um doch in die gewünschte Schule zu kommen, wären an der Tagesordnung. Aus dem Boden sprießen würden teure Privatschulen, in die jene Eltern, die es sich leisten können, ihre Kinder bevorzugt schicken würden. Dann würde die soziale Schere, die man durch die Forderung nach der Gesamtschule zu beseitigen vorgibt, tatsächlich aufgehen: Wer Geld hat, bekommt die bessere Bildung.“

„Dass Kinder unterschiedliche Begabungen und Interessen haben, ist unbestritten. Deshalb besteht die Bildungsgerechtigkeit nicht darin, jedem das Gleiche, sondern jedem das ihm Gemäße anzubieten. Statt also alle in den gleichen Bildungseintopf zu zwingen, sollte man viel eher die Zugangsbedingungen in die AHS verändern: ein objektives Prognoseverfahren zusätzlich zu den Noten der Volksschule, um Druck wegzunehmen und die passende Schullaufbahn zu gewährleisten. Aber genau dieser Vorschlag, der von ‚Pro Gymnasium‘ bereits vor Monaten in die Diskussion eingebracht wurde und auf viel Zustimmung bei Schulpraktikern stößt, wurde in der Umfrage wohl bewusst nicht berücksichtigt.“

„Pro Gymnasium feiert am 2. Oktober 2015 seinen ersten Geburtstag“, erinnert Rainer Gögele, der Obmann von Pro Gymnasium Ös-

terreich an den ersten öffentliche Auftritt dieser inzwischen öster-

Ein Jahr „Pro Gymnasium“

reichweiten Initiative vor einem Jahr. „Damals stellten Vizerektor Univ.-Prof. Dr. Norbert Mutz, Elternvereinsobmann Ing. Peter Retter, Florian Dengg, der damalige stellvertretende AHS-Schulsprecher in Tirol, Sozialarbeiterin Marina Floriani und VHS-Direktor Mag. Ronald Zecha die Forderungen dieser Initiative vor.“

„Die Forderungen sind aufrecht“, so Gögele, „keine weiteren Gesamtschulversuche in Österreich, sondern Konzentration auf das Wesentliche: Dabei geht es v. a. um die Frühförderung, die Änderung der Aufnahmekriterien ins Gymnasium, mehr Wertschätzung gegenüber der dualen Ausbildung, ein verstärktes Erkennen und Beheben von Defiziten im Kindergarten-, Vorschul- und Volksschulalter, mehr Unterstützung für die Schulen durch Psychologen, Sozialarbeiter, etc., einen qualitativen Ausbau des ganztägigen Angebots und eine

Peter Rosegger:

Nicht so sehr jenen Patriotismus liebe ich, der unsere Söhne auf das Schlachtfeld jagt und sie dort sterben heißt, sondern jenen, der für das Vaterland leben lehrt.

Verstärkung des kostenlosen Förderunterrichts.“

„Pro Gymnasium hat in einem Jahr viel erreicht“, berichtet Gögele, „wir konnten viele Menschen von der Richtigkeit unserer Ziele erreichen, 3.500 Personen unterstützen unsere Anliegen namentlich, unser Verein wächst täglich, wir betreiben eine erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit und stehen in ständigem Kontakt mit den

verantwortlichen Politikern. Darüber hinaus ist es uns gelungen, selbstständige Landesgruppen zu gründen und Landessprecher zu installieren: Mag. Wolfgang Türtscher in Vorarlberg, Dr. Isolde Woolley in Tirol, Hofrat Dr. Hubert Regner in Salzburg, Staatssekretär a. D. Mag. Helmut Kukacka in Oberösterreich, LSI Dr. Gerda Lichtberger in der Steiermark und Mag. Franz Stangl im Burgenland.“

Freiheitliches NEIN zur verpflichtenden Ganztagschule

Ein klares „Nein“ zu verpflichtenden Ganztagschulen mit verschränktem Unterricht kommt von FPÖ-Bildungssprecher NAbg. Dr. Walter Rosenkranz: „Ja zum Ausbau von Schulen mit Nachmittagsbetreuung dort, wo es einen Bedarf gibt, aber einen verschränkten Unterricht, bei dem alle Schüler am Nachmittag anwesend sein müssen, lehnt die FPÖ entschieden ab! Wir stehen auf dem Standpunkt, dass es eine Wahlfreiheit geben sollte, ob Eltern ihre Kinder am Nachmittag in der Schule betreuen lassen oder das lieber zu Hause selbst tun.“

Offenbar habe die Reformkommission von Bildungsministerin Heinish-Hosek auch nur mit alten Hüten aufzuwarten, so Rosenkranz. Mit einer Mitgliederbefragung wolle man offenbar nach der Gesamtschule ein weiteres Versatzstück aus der linken bildungspolitischen Mottenkiste durchdrücken: „Eine düstere Zukunft erwartet die österreichischen Schüler und Schülerinnen, wenn die Frau Minister in diesem Zusammenhang von einer Schule der Zukunft spricht“, setzt Rosenkranz fort.

Eine Anwesenheitspflicht für alle Schüler an Nachmittagen würde Rosenkranz zufolge auch für viele Sport- und Musikvereine den sicheren Tod bedeuten: „Daran können auch Kooperationen von Schulen und Vereinen nichts ändern, da es an Schulen eben auch nur begrenzte Raumressourcen gibt. Die Förderung besonderer Talente wäre damit nicht mehr möglich.“ Die Bildungspolitik gehe außerdem nicht nur die SPÖ-Mitglieder etwas an, sondern betrifft alle Österreicher: „Das Ergebnis dieser Befragung ist somit völlig irrelevant. Keine linken Experimente an unseren Schulen“, fordert Rosenkranz.

Italiens Schulen sollen besser werden

Der italienische Senat hat eine umstrittene Schulreform verabschiedet. Die sogenannte „Buona Scuola“ gehört zu den wichtigsten Reformvorhaben von Ministerpräsident Matteo Renzi. Doch Gewerkschaften, Oppositionsparteien und auch der linke Flügel seiner Partito Democratico laufen dagegen Sturm und haben die Verabschiedung mit einem endlosen Katalog von Änderungsanträgen monatelang hinausgezögert. Um den Prozess zu beschleunigen und die Reform vor der Sommerpause durchzuführen, stellte Renzi im Senat deshalb die Vertrauensfrage. Der junge Reformler hat im letzten Jahr wiederholt zu diesem Mittel gegriffen, um Kritiker in den eigenen Reihen auf Linie zu bringen.

Leistungsprinzip

Trotz Sparzwang hat die Regierung knapp vier Milliarden für die Schulreform locker gemacht. Die Geldspritze ist dringend nötig. Italien hat seit der Jahrtausendwende kaum mehr ins Bildungssystem investiert. Während die staatlichen Ausgaben pro Pflichtschüler in anderen OECD-Staaten stiegen, gingen sie in Italien zwischen 2000 und 2011 um acht Prozent zurück.

Die Reform soll nun mehr Transparenz, Autonomie und Verantwortlichkeit ins öffentliche Schulsystem bringen, wie Bildungsministerin Stefania Giannini erklärte. Die Rektoren werden bei der Auswahl des Lehrpersonals und des Curriculums mehr mitzu-

reden haben. **Zudem soll die Leistung künftig mehr Einfluss auf die Entlohnung haben. (Italien ist eines der wenigen Länder in Europa, in denen Lehrer heute alleine nach Seniorität entschädigt werden.) Um das Niveau des Unterrichts zu heben, werden ab 2016 jährlich 200 Millionen Euro bereitgestellt, um gute Lehrer zu belohnen. Darüber hinaus soll die Weiterbildung der Lehrkräfte gefördert werden.**

In Italien sind Lehrer ungewöhnlich schlecht bezahlt, was dazu geführt hat, dass sich Leute für den Beruf entscheiden, die auf dem Arbeitsmarkt nichts anderes finden. Wer in Pension ging, wurde in der Wirtschaftskrise nicht ersetzt. Der Altersdurchschnitt des Lehrpersonals ist mit 49 Jahren deshalb deutlich höher als sonst im OECD-Raum. Wenn in den letzten Jahren Lehrer eingestellt wurden, dann nur mit prekären Kurzzeitverträgen. Viele dieser sogenannten Zeitarbeiter haben jedoch nie eine Lehrerausbildung gemacht.

Von den 720.000 Lehrkräften, die in Italiens staatlichen Kindergärten, Primarschulen, Oberstufen und Gymnasien arbeiten, sind 110.000 nur temporär eingestellt. Eine der umstrittensten Fragen der Reform war, wie viele Aushilfelehrer feste Verträge bekommen sollen. Die Regierung entschied schließlich, 100.000 von ihnen per 1. September fest anzustellen. Ab 2016 sollen dann nur noch Lehrer eingestellt werden,

die ein entsprechendes Staatsexamen bestanden haben.

Streiks und Proteste

Die Gewerkschaften haben versucht, das Gesetz mit Protesten und Streiks zu Fall zu bringen. Sie lehnen insbesondere die Stärkung der Schulleiter und die leistungsabhängige Entlohnung ab. In den letzten Wochen hat die Regierung noch einmal Konsultationen durchgeführt und Zugeständnisse an die Reformgegner gemacht. Doch nun drängt die Zeit. Im September beginnt das neue Schuljahr, und die 100.000 neuen Lehrkräfte müssen erst eingestellt werden. Nach dem Ja des Senats muss die Abgeordnetenkammer dem Gesetz noch zustimmen. Weil Renzi dort über eine klarere Mehrheit verfügt, hofft er, dieses noch im Juli durchzupeitschen.

Die Schulreform erhitzt die Gemüter in Italien wie kein anderes Vorhaben. Doch leider dominieren strukturelle Fragen die Debatte. Fragen zum Inhalt des Lehrplans oder zur Qualität des Unterrichts gehen unter, obwohl die Reform auch diesbezüglich interessante Änderungen vorsieht. Mehrere Fächer sollen in englischer Sprache unterrichtet werden. Zudem müssen alle Mittelschüler Jobbezogene Praktika absolvieren.

Solche Maßnahmen sind dringend nötig. Italien hat im OECD-Vergleich eines der schlechtesten Schulsysteme. Was mathematisches Denken sowie Schreib- und Lesefähigkeiten angeht, schnitten

italienische Schüler bei der letzten PISA-Studie 2012 deutlich schlechter ab als der Durchschnitt im OECD-Raum. Vielen Experten geht die „Buona Scuola“ deshalb zu wenig weit. Deren Hauptziel sei die Festanstellung temporärer Lehrkräfte, nicht die Erhöhung der Unterrichtsqualität, kommentierte Luca Ricolfi in der Wirtschaftszeitung „Il Sole 24 Ore“. Wie viele Universitätsprofessoren beklagt der Soziologe aus Turin, dass die Schüler immer schlechter vorbereitet an die Hochschulen kämen. Das Bildungssystem sei der einzige Sektor, in dem die Produktivität in den letzten Jahrzehnten gesunken sei. Er hätte sich daher gewünscht, dass sich die Regierung mehr auf inhaltliche Fragen konzentriert hätte.

Quelle: Andrea Sparlinger, Rom,
in „Neue Zürcher Zeitung“,
27.06.2015

Peter Rosegger

*Mundart ist die
natürliche Mutter der
Kultursprache, Jargon
ist ihr verkommener
Sohn.*

Gender-Sprachleitfaden für Soldaten

Frauen sollen beim Schreiben und Sprechen „sichtbar“ gemacht werden. Wörter wie „Mannschaft“, „Mannstunde“ oder „jeder“ sind zu vermeiden.

Ein Gender-Sprachleitfaden beim österreichischen Bundesheer sorgt derzeit für Aufregung. Darin werden Soldaten und Soldatinnen dazu angehalten, beim Schreiben und Sprechen die Frauen „sichtbar“ zu machen, indem sie die Paarform oder das Binnen-I verwenden. Wörter wie „man“, „jeder“, „jemand“ und „niemand“ sollen nach Möglichkeit vermieden und durch „wertneutrale Bezeichnungen“ ersetzt werden. „Mannschaft“, „Mannesausrüstung“ und „Mannstunde“ werden ebenfalls aus dem Soldatenwortschatz verbannt, es heißt nun „Besatzung“, „Personenausrüstung“ und „Personenstunde“. Statt „Ausländer“ heißt es künftig „Person mit Migrationshintergrund“. Möglich ist laut Leitfaden aber auch die „Neutralisierung“. Statt künftig Soldaten mit Schnupfen zum Militärarzt zu schicken, gibt es künftig „militärmedizinische Behandlungen für Militärpersonen“. Bei dem Leitfaden handelt es sich nicht um eine Verordnung, er wurde lediglich im Intranet des Ressorts veröffentlicht, berichteten die „Salzburger Nachrichten“ am Wochenende.

FPÖ: „Schande“, womit sich Klug beschäftigt

Die FPÖ zeigte sich am Dienstag fassungslos über den Leitfaden. „Angesichts der Tatsache, dass es dem österreichischen Bundesheer an allem fehlt, um eine umfassende Landesverteidigung wie auch einen effektiven Katastrophenschutz aufrecht zu erhalten, grenzt diese Nachricht wohl an einen Schabernack der Sonderklasse“, kritisierte FPÖ-Frauensprecherin Carmen Schimanek in einer Aussendung. Es sei „eine Schande, mit welchen Problemen“ sich Verteidigungsminister Gerald Klug (SPÖ) derzeit beschäftigt, „anstatt sich um die Sicherheit der Bevölkerung zu sorgen“, so Schimanek.

Quelle: „diepresse.com“, 20.10.2015

Ada Lovelace - die „Zauberin der Zahlen“

Ada Lovelace war die erste Programmiererin der Weltgeschichte. Am „Ada Lovelace Day“ werden die Leistungen von Forscherinnen aus Mathematik, Technik und Naturwissenschaft gewürdigt: Eine von ihnen ist die russische Mathematikerin Ekaterina Fokina. Sie erklärt, warum Vorbilder wie Ada Lovelace wichtig für junge Frauen sind.

In Österreich sind Softwareentwicklerinnen und Informatikerinnen eher die Ausnahme und auch Nachwuchs gibt es kaum. So sind momentan nur 15,5 Prozent der Informatikstudenten an der TU Wien Frauen. Auch in anderen Ländern sind die Zahlen ähnlich. Doch egal ob männlich oder weiblich, „Ada“ kennen sie alle – die Programmiersprache, die in den 1970er Jahren entwickelt und nach der Mathematikerin Ada Lovelace benannt wurde. Der internationale „Ada Lovelace Day“ wurde im Jahr 2009 von Suw Charman-Anderson ins Leben gerufen und findet jährlich am 13. Oktober statt.

Grenzen der Algorithmen

Wie viele ihrer Kolleginnen ist auch die russische Mathematikerin Ekaterina Fokina von der Technischen Universität Wien von der Vordenkerin fasziniert. In ihrer Forschung bewegt sich die Wissenschaftlerin zwischen den Grenzen der theoretischen Informatik und der mathematischen Logik. „Die wichtigste Frage ist, festzustellen, was man mit Hilfe eines Computers berechnen kann und was nicht, also für welche Probleme wir einen Algorithmus finden können und wo die Grenzen liegen“, erklärt Fokina ihre Forschung. Während ihres Mathematikstudiums inspirierte sie Ada Lovelace: „Ada ist eine wichtige Figur für Wissenschaftlerinnen weltweit.“ Doch wer war Ada Lovelace? Außerhalb Mathematik- und Informatikkreisen ist sie nämlich weitgehend unbekannt.

Ihrer Zeit voraus

Ada Lovelace war ihrer Zeit weit voraus – aufgewachsen im viktorianischen England, einer Zeit, in der zwei Welten aufeinander trafen: Zum einen neigte sich die Epoche der Romantik dem Ende zu, während technische und wissenschaftliche Erkenntnisse die Welt zu revolutionieren begannen. Zu den Revolutionären dieser Zeit gehört etwa Charles Darwin, der mit seiner Evolutionstheorie unser Weltbild grundlegend veränderte. Aber auch Charles Wheatstone und William Fothergill Cooke, die Entwickler des ersten Telegraphensystems, und Michael Faraday, der Pionier der Elektrizität, trieben die Technisierung der Welt voran.

In dieser Zeit verfolgte auch Ada Lovelace eine Idee, die unser Informationszeitalter gewissermaßen vorwegnahm. Im Jahr 1843 – 100 Jahre bevor der erste funktionierende Computer gebaut wurde – entwickelte sie einen Algorithmus für eine Maschine. Es handelt sich dabei um die „Analytical Engine“, entwickelt von Adas Mentor Charles Babbage.

Die erste „Software“

Zwar wurde die Maschine in der Größe einer Dampflok nie gebaut, aber Ada Lovelace schrieb mit dem Algorithmus quasi die erste „Software“ – genauer gesagt, eine Handlungsanweisung, wie man mit Hilfe der Maschine schrittweise Bernoulli-Zahlen hätte berechnen können. Das verschaffte ihr den Beinamen „Zauberin der Zahlen“. Ada erkannte, dass man mit Babbages Erfindung nicht nur rechnen, sondern auch Formeln sowie Musiknoten, Buchstaben und Bilder verarbeiten könnte. Manche sagen sogar, sie verstand seine Maschine besser als er selbst.

Das mathematische Verständnis dafür hat sie vor allem ihrer Mutter zu verdanken, die sie privat in Algebra, Astronomie und Geometrie unterrichten ließ. „Ada Lovelace war unglaublich, allerdings muss ich gestehen, dass ich den Namen nicht kannte, ehe ich an der Uni war und Mathematik studierte“, erzählt Fokina gegenüber science.ORF.at.

„Stoße immer noch auf Vorurteile“

Doch gerade für junge Menschen sind solche Vorbilder wichtig. Auch um das Vorurteil abzubauen, Frauen und Mathematik würden nicht zusammenpassen, meint die Mathematikerin: „Es wäre wichtig, Mädchen zu zeigen, dass Frauen immer schon wissenschaftlich tätig waren, diese Info sollten sie schon in der Schule bekommen. Lehrer sollten ihre Schüler fördern, wenn sie merken, dass sie Interesse haben. Darüber hinaus sollen sie aber auch aufzeigen, dass Mädchen dieses Interesse überhaupt haben können und dass Mathematik und der wissenschaftliche Beruf nicht nur Männersache ist.“

Dass Fokina Mathematik zu studieren begann, hat sie nicht zuletzt auch selbst ihrer eigenen Mathematiklehrerin zu verdanken, die ihr Interesse erkannte und sie mit schwierigeren Mathematikaufgaben beschäftigte. Doch immer noch stößt sie ob ihrer Studienwahl auf Missverständnis: „Manche sagten, ich würde Mathematik studieren, um einen Ehemann zu bekommen, andere wiederum sagen mir auch heute noch, ich solle doch endlich aufhören, meine Zeit zu verschwenden und heiraten und Kinder bekommen. Am häufigsten stoße ich aber immer noch auf Vorurteile, wo behauptet wird, Frauen und Mathematik passen einfach nicht zusammen.“

Diese Vorurteile und zu wenig präsenste positive Beispiele sind für die Mathematikerin auch der Hauptgrund, weshalb es vielen Mädchen schwer fällt, sich auf technische und naturwissenschaftliche Fächer einzulassen. „Aus diesem Grund ist der ‚Ada Lovelace Day‘ sehr wichtig, aber es muss natürlich darüber hinausgehen“, so Fokina.

Quelle: Ruth Hutsteiner, science.ORF.at, 13.10.15

Skandal um Militärbischof

Von Dr. Josef Pasteiner

Der im Juni eingesetzte Militärbischof Werner Freistetter verfügte als erste Amtshandlung die „Einsparung“ der Militärpfarre in der Wr. Neustädter St. Georgs Kathedrale und die Verschickung des zuständigen Pfarrers Militärdekan Mag. Siegfried Lochner nach Salzburg mit Datum 1. September 2015. Darauf fasste der Wr. Neustädter Gemeinderat am 29. Juni 2015 auf Antrag der FPÖ-Fraktion den einhelligen Beschluss gegen die Auflösung der Militärpfarre und die geplante Dienstzuteilung von Lochner. Mit einer „Remonstration“ setzte der Anwalt Lochners eine Aussetzung gegen diese als rechtswidrig empfundene Weisung durch.

Mag. Lochner unterrichtet seit 23 Jahren am Militärgymnasium und ist dort bei den Schülern ein sehr beliebter Professor, was er bis zum 30. September 2015 dann auch noch war. In der NÖN vom 28. September 2015 konnte man nämlich plötzlich lesen, dass Lochner ab 1. Oktober 2015 für drei Monate nach Salzburg dienstzugeteilt sei. Der allseits sehr beliebte Militärfarrer und Professor Lochner bekam diesen „Befehl“ selbst erst am 30. September 2015 zugestellt! In Salzburg soll der Militärdekan nun aber nicht mehr ausschließlich als Militärfarrer eingesetzt werden, sondern Dienste für die dortige Erzdiözese übernehmen, wie auch die Rekruten der dortigen Militärpfarre „nebenher“ für solche Dienstleistungen herangezogen werden. Dem Militärgeistlichen wurde nicht einmal eine adäquate Un-

terkunft zugeteilt! In der Wr. Neustädter Militärpfarre selbst wurden bisher mehr als 1000 Unterschriften für den Verbleib des ausgezeichneten Pfarrers und Seelsorgers gesammelt!

Die Messe in der Kathedrale hielt am 4. Oktober 2015 Militärbischof Freistetter selbst, wobei aus Protest statt bisher immer über 100 nur ca. 25 tief betroffene Gottesdienstbesucher erschienen waren. Nach der Verlesung des Evangeliums stellte daher ich den Bischof zur Rede. Es kam zu einem Wortwechsel, wobei ich ihm unter anderem vorwarf, dass er die Dienstzuteilung während eines laufenden Verfahrens durchgeführt habe, was den demokratischen Rechtsstaat verletze. Außerdem zerstöre er damit eine ausgezeichnet funktionierende Pfarre. Glaube er damit christlich zu handeln? Zu meinen vier Fragen gab Freistetter nur sehr unkonkrete Antworten. Während der nachfolgenden Predigt verließen 9 Personen die Messe und nach deren Ende bedankten sich viele bei mir für die mutigen Worte. Die von Freistetter in deutscher Sprache begonnene Messe führte er nach der Predigt auf lateinisch zu Ende.

Insider vermuten, dass es sich bei dem Vorgehen des Militärbischofs um einen Racheakt gegen den als konservativ geltenden Militärpfarrer handle. Außerdem wagte es Lochner, den FPÖ-Obmann HC Strache 2009 zu firmen, nachdem dies der Wiener Erzbischof verweigert hatte. Der ehemalige Militärbischof Werner delegierte die Spendung dieses Sakramentes an den Militärpfarrer Lochner.

Inzwischen kursiert in der Militärpfarre ein anonymes Flugblatt mit mehreren Vorwürfen gegen Freistetter. Es wird unter anderem behauptet, dass der Kommandant der Militärakademie Bgdr. Mag. Herke während der Ausmusterung mit dem Herrn Militärbischof ein Gespräch führen wollte. Er bekam von diesem aber demnach nur zur Antwort: „Ich will nicht mit Ihnen über diese Causa sprechen!“ Beim Gottesdienst am 11. Oktober waren nur mehr zwölf Gläubige anwesend. Militärdekan Lochner befindet sich derzeit im Krankenstand und die Zahl der Gottesdienstbesucher ist weiter sehr gering. Ein Schreiben von mir an den katholischen Nuntius wurde von diesem nicht beantwortet.

Kontakt:
FLV@GMX.AT



Interessiert?

Freiheitlicher Lehrerverband
Blütenstraße 21/1
4040 Linz

**Freie
Lehrer**

Beitrittserklärung

Vorname: Zuname:

Schultyp: Amtstitel:

Straße/Nr.:

PLZ / Ort:

E-Mail:

Tel.Nr.: geb. am:

Ich trete dem FLV Landesverein bei.

Datum: Unterschrift:

Freiheitlicher Lehrerverein